

Deputation für Bildung
(staatlich)
Sitzungsprotokoll der 9. Sitzung

17. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2007 - 2011

Sitzungstag	Sitzungsbeginn	Sitzungsende	Sitzungsort
22. Mai 2008	14:15 Uhr	15:50 Uhr	Hinrich-Schmalfeldt-Straße, 27576 Bremerhaven

Teilnehmer/innen:

siehe anliegende Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

- | | | |
|--------|--|-----------------|
| TOP 1 | Genehmigung der Tagesordnung | |
| TOP 2 | Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 27. März 2008 | |
| TOP 3 | Abiturprüfung 2009 - Gestaltung des 5. Prüfungselementes | Vorlage L 33/17 |
| TOP 4 | Nichtschülerprüfungen zur Erlangung der Erweiterten Berufsbildungsreife und des Mittleren Schulabschlusses von Jugend im Parlament 2007 | Vorlage L 34/17 |
| TOP 5 | Bremer Vereinbarungen 2008-2010 | Vorlage L 35/17 |
| TOP 6 | Ersatzwahl eines Mitgliedes des Landesausschusses für Weiterbildung | Vorlage L 36/17 |
| TOP 7 | Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Ermäßigung der Unterrichtsverpflichtung und die Anrechnung bestimmter Aufgaben auf die Unterrichtsverpflichtung (sog. Anrechnungsverordnung) | Vorlage L 37/17 |
| TOP 8 | Änderung der Zeugnisordnung und der Versetzungsordnung; | Vorlage L 38/17 |
| TOP 9 | Änderung der Verordnung über die Gymnasiale Oberstufe im Lande Bremen (GyO-VO) für das Schuljahr 2009/10 | Vorlage L 39/17 |
| TOP 10 | Verschiedenes | |

TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderung genehmigt.

TOP 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 27. März 2008

Das Protokoll der 8. Sitzung der Deputation für Bildung vom 27. März 2008 wird ohne Änderung genehmigt. Herr Rohmeyer bittet darum, künftig zu den Abstimmungsergebnissen die Fraktionen zu nennen. Diesem Vorschlag wird nicht widersprochen.

TOP 3 Abiturprüfung 2009 - Gestaltung des 5. Prüfungselementes Vorlage L 33/17

Frau Senatorin Jürgens-Pieper erläutert die Verordnung, die entsprechend der Absprachen mit den Schulen gestaltet worden ist. Frau Stahmann und Herr Güngör begrüßen, dass die Regelungen an die andere Bundesländer angepasst worden sind. Herr Güngör bittet darum, in der nächsten Sitzung die Regelungen für die folgenden Jahre zu beraten. Frau Alpers fragt nach den Erfahrungen und Auswirkungen der bestehenden Regelung. Frau Senatorin Jürgens-Pieper erklärt, dass sich die Regelung vermutlich verändern wird, da die Schulen das Verfahren als sehr aufwändig empfinden. Die Projektprüfung werden von den Schulen befürwortet, aber Schulen dürfen nicht zu große Belastungen auferlegt werden.

Beschluss: (einstimmig)

Die Deputation für Bildung stimmt dem anliegenden Entwurf einer Verordnung zur Umgestaltung des fünften Prüfungselementes zu.

**TOP 4 Nichtschülerprüfungen zur Erlangung der Erweiterten Vorlage L 34/17
Berufsbildungsreife und des Mittleren Schulabschlusses
von Jugend im Parlament 2007**

Herr Rohmeyer erkundigt sich, warum bei Nichtbestehen der Prüfung die einfache Berufsbildungsreife erlangt werde und was das bedeute. Herr Dr. Bethge erklärt, dass die Regelung nur für nicht anerkannte Schulen und in Analogie zur Zuerkennungsverordnung, wonach die einfache Berufsbildungsreife bei Versetzung in die 10. Klasse erlangt wird, gelte. Herr Willmann begrüßt die Vorlage, da sie in Analogie zu anderen Ländern eine Qualitätssicherung darstelle. Frau Alpers fragt, ob die Prüfungen in Muttersprache organisiert werden können, ob genügend Lehrkräfte zur Verfügung stünden und wie viel Schüler/innen betroffen seien. Herr Feuser erklärt, dass 20-30 Schüler/innen betroffen sind. Probleme mit Lehrkräften hätten sich bisher nicht gestellt. Er bejaht die Frage von Herrn Güngör, ob es ähnliche Regelungen in anderen Bundesländern gebe.

Beschluss: (einstimmig)

Die Deputation für Bildung stimmt dem beigefügten Entwurf einer Verordnung für die Prüfung für Schülerinnen und Schüler nicht anerkannter Ersatzschulen und für Nichtschülerinnen und Nichtschüler zur Erlangung der Erweiterten Berufsbildungsreife (Anlage 1) und dem beigefügten Entwurf einer Verordnung für die Prüfung für Schülerinnen und Schüler nicht anerkannter Ersatzschulen und für Nichtschülerinnen und Nichtschüler zur Erlangung des Mittleren Schulabschlusses (Anlage 2) zu.

TOP 5 Bremer Vereinbarungen 2008-2010

Vorlage L 35/17

Frau Senatorin Jürgens-Pieper erläutert das Vorgehen im Zusammenhang mit der Erarbeitung der Bremer Vereinbarungen 2008-2010. Die Lage am Ausbildungsmarkt habe sich zwar etwas entspannt, aber es gebe z.B noch immer zu wenig Auswahlmöglichkeiten für Jugendliche. Insgesamt hoffe sie auf eine erfolgreiche Umsetzung der Vereinbarungen. Frau

Schmidtke erläutert, dass sich die Zielzahl von 750 in den Bremer Vereinbarungen unter der dritten Verabredung unter Punkt 2 auf die Anzahl der Plätze für Schülerinnen und Schüler bezieht. Sie bittet um eine bessere Abstimmung zwischen Berufsschulen und den Fachlehrern der Sekundarstufe I, sowie Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen für Lehrer/innen in Betrieben. Herr Güngör erkundigt sich nach dem zeitlichen Rahmen, in dem die Berufsausbildungsverordnung evaluiert werden soll. Staatsrat Othmer erläutert, dass dies im Zeitrahmen der Vereinbarung bis 2010 erfolgen soll.

Beschluss:

Die Deputation für Bildung nimmt die „Bremer Vereinbarungen 2008-2010“ zur Kenntnis.

**TOP 6 Ersatzwahl eines Mitgliedes des Landesausschusses für Vorlage L 36/17
Weiterbildung**

Frau Bohle-Lawrenz hält eine ausgewogene Geschlechterverteilung bei der Besetzung von Ausschüssen für wünschenswert. Herr Dr. Buhler weist daraufhin, dass es sich bei den Mitgliedern um Vertreter/innen der Institutionen handelt, auf deren Auswahl kein Einfluss ausgeübt werden kann. Frau Senatorin Jürgens-Pieper schlägt vor, künftig daraufhin zu wirken, dass die Institutionen bei der Besetzung des Ausschusses eine Ausgewogenheit der Geschlechter anstreben.

Beschluss: (Einstimmig)

Herr Hans-Gerd Klatt wird stellvertretendes Mitglied des Landesausschusses für Weiterbildung.

TOP 7 Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Ermäßigung der Unterrichtsverpflichtung und die Anrechnung bestimmter Aufgaben auf die Unterrichtsverpflichtung (sog. Anrechnungsverordnung)

Herr Rohmeyer erklärt, dass er der Vorlage nicht zustimmen wird und verweist auf seine Argumentation bei der 1. Lesung im Januar. Frau Stahmann erklärt ihre Zustimmung im Interesse der Gleichbehandlung der Kolleginnen und Kollegen an den Schulen. Herr Dr. Buhler erklärt seine Ablehnung aufgrund der aus seiner Sicht nicht gegebenen Kostenneutralität. Dazu erklärt Frau Senatorin Jürgens-Pieper, dass die Kostenneutralität umfänglich geprüft worden ist. Herr Eckert (PR/Schulen Bremen) erkundigt sich nach der Umsetzung der Verordnung. Herr Staatsrat Othmer erklärt, dass direkt nach der Beschlussfassung mit der Umsetzung begonnen wird.

Beschluss: (Zustimmung 7:4 Stimmen) dafür: SPD (4); B90/DIE GRÜNEN (2); DIE LINKE (1)
dagegen: CDU (3); FDP (1))

Die Deputation für Bildung beschließt die Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Ermäßigung der Unterrichtsverpflichtung und die Anrechnung bestimmter Aufgaben auf die

Unterrichtsverpflichtung vom 21. Juni 1982 (Brem.GBl. S. 179 - 2040-I-3), zuletzt geändert durch Art. 1 Nr. 13 des Gesetzes vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457).

TOP 8 Änderung der Zeugnisordnung und der Versetzungs- Vorlage L 38/17 ordnung;

Herr Dr. Buhkert beantragt die Aussetzung des TOP, da zu diesem Thema ein Antrag der CDU in der bremischen Bürgerschaft vorliege.

Beschluss: (Ablehnung 7:4 Stimmen) dagegen: SPD (4); B90/DIE GRÜNEN (2); DIE LINKE (1)
dafür: CDU (3); FDP (1))

Frau Schmidtke weist darauf, dass es in Bremen und Bremerhaven jeweils einen eigenen Zentralelternbeirat gebe und bittet um Änderung der Vorlage in "der gemeinsamen Stellungnahme der Zentralelternbeiräte Bremen und Bremerhaven". Frau Senatorin Jürgens-Pieper stimmt der Änderung zu. Herr Güngör begrüßt die Vorlage und weist auf einen Änderungsantrag der Koalition hin, den Frau Stahmann erläutert. Auf Anregung der Bremerhavener Schulleitungen wird die Streichung der in §18 Abs. 4 geforderten "Zustimmung der zuständigen Deputation" beantragt. Frau Senatorin Jürgens-Pieper begrüßt diesen Änderungsantrag. Herr Dr. Buhkert bemängelt, dass seine Anregung, auf Wunsch der Eltern Notenzeugnisse zu erteilen, nicht aufgenommen wurde. Frau Senatorin Jürgens-Pieper erwidert, dass die Lernentwicklungsberichte so verständlich auf der Basis allgemeiner Vorgaben die Lernentwicklung der Kinder darstellen, dass dies eine bessere Information für die Eltern darstelle als Notenzeugnisse.

Die Vorlage wird mit der Änderung zu §18 Abs. 4 zur Abstimmung gebracht.

Beschluss: (Zustimmung 7:4 Stimmen) dafür: SPD (4); B90/DIE GRÜNEN (2); DIE LINKE (1)
dagegen: CDU (3); FDP (1))

Die Deputation für Bildung stimmt der Verordnung zur Änderung der Zeugnis- und der Versetzungsordnung zu.

TOP 9 Änderung der Verordnung über die Gymnasiale Oberstufe im Lande Bremen (GyO-VO) für das Schuljahr 2009/10

Frau Senatorin Jürgens-Pieper erläutert die Vorlage und weist darauf hin, dass es sich im wesentlichen um die Anpassungen an den verkürzten gymnasialen Bildungsgang handelt. Die Einführungsphase würde in Klassenverbänden unterrichtet werden, um die Fächerkombinationen fort zu führen, die notwendig sind, um so zum mittleren Abschluss zu gelangen. Frau Böschen wünscht, die Anregung des Jugend Parlaments aufzunehmen und politische Bildung zu verstärken. Herr Beilken fordert, dass die politische Bildung explizit in der Stundentafel benannt wird. Frau Senatorin Jürgens-Pieper erklärt, dass Deutsch, Mathematik und die 1. Fremdsprache verpflichtende Fächer entsprechend der KMK sind. Wenn die die Verpflichtungen weiter ausgedehnt würden, werde die Wahlmöglichkeit immer mehr eingeschränkt. Frau Alpers fragt, warum in der Einführungsphase in Klassenverbänden unterrichtet werde und wie die Klassen im Doppeljahrgang zusammengestellt würden. Herr Dr. Bethge erklärt, dass die VO sich auf zwei Gruppen von Schülerinnen und Schüler bezieht, die

des verkürzten Bildungsganges und den Übergängern aus Realschulen und Gesamtschulen sowie dem nicht-verkürzten gymnasialen Bildungsgang. In den Klassen werden beide Gruppen gemeinsam unterrichtet, auch andere Bundesländer sind diesen Weg gegangen und haben die Schülerinnen und Schüler beider Gruppen erfolgreich zum Abitur geführt. Durch die Zusammenführung ist eine optimale Vorbereitung auf das Abitur gewährleistet, zudem könne die Wahlmöglichkeit aufrechterhalten werden. Nur einige Fächer wie Mathematik und Naturwissenschaften würden im Doppeljahrgang nicht übergreifend angeboten. Auf die Frage von Frau Alpers hinsichtlich der Profilwahl, erklärt Herr Dr. Bethge, dass diese nach dem 1. Halbjahr der Qualifikationsphase stattfindet, um die Erfahrungen der Einführungsphase für die Schwerpunktwahl zu nutzen. Frau von Ilsemann betont, dass es sich hier um eine Anpassung der Regelungen an andere Bundesländer handelt. Herr Rohmeyer erkundigt sich nach den Planungen der Behörde zur Jahrgangsbreite der Oberstufe. Bei kleinen Oberstufen könne es sinnvoll sein, aus wirtschaftlichen Gründen Klassenverbände einzurichten. Frau Senatorin Jürgens-Pieper erklärt, dass es noch keine Planungen gebe und diese im Rahmen der Fachausschussberatungen behandelt werden, wobei Wahlmöglichkeiten und Räumlichkeiten eine Rolle spielen.

Beschluss:

Die Deputation für Bildung nimmt den anliegenden Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Gymnasiale Oberstufe im Lande Bremen zur Kenntnis.

TOP 10 Verschiedenes

1. Der Bericht auf die Frage von Herrn Deuchler zur Videoüberwachung und deren Auswertung an Schulen wird vorgelegt. Herr Güngör hält das Anbringen von Hinweisschildern bei permanenter Überwachung immer für erforderlich. Frau Stahmann regt an, den Landesbeauftragten für Datenschutz in dieser Angelegenheit zu beteiligen. Frau Senatorin Jürgens-Pieper stimmt diesen Anregungen zu.
2. Der Bericht auf die Frage von Herrn Rohmeyer zum Nichtraucherschutz in Schulen wurde vorgelegt. Herr Dr. Buhler weist daraufhin, dass es bei der Entwidmung von Gebäudeteilen Probleme (z.B. beim Versicherungsschutz) gibt und dies keine Lösung darstellt. Frau Stahmann erklärt, dass es sich um Stellen handele, die gekennzeichnet und nicht entwidmet seien. Die derzeitigen Regelungen würden von den Schulen und den Anwohnern akzeptiert. Herr Staatsrat Othmer führt aus, dass es sich um Erwachsene handelt, die das Schulgelände verlassen dürften und daher der Versicherungsschutz nicht betroffen ist. Das Nichtraucherschutzgesetz werde nicht umgangen. Herr Güngör bekräftigt, dass nach Auskunft der Schulleitungen, einvernehmliche Lösungen gefunden worden sind.
3. Der Bericht auf die Frage von Herrn Dr. Buhler über die Behandlung von Anträgen zur Einrichtung von Schulen in freier Trägerschaft wurde vorgelegt.

4. Der Bericht auf die Frage von Frau Böschen über Frühstudierende wurde vorgelegt. Frau Böschen fragt, ob auch die Zusammenarbeit mit der Hochschule Bremerhaven effektiv sei. Dies wird durch Frau Senatorin Jürgens-Pieper bejaht.
5. Der Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis90/DIE GRÜNEN und der CDU wurde vorgelegt. Frau Senatorin Jürgens-Pieper erläutert den Dringlichkeitsantrag und weist insbesondere auf die Meldung von Straftaten hin.
6. Der Bericht auf die Frage von Frau Alpers zur zahlenmäßigen Darstellung der Zuschussanpassung an Privatschulen 2002 bis 2007 wurde als Tischvorlage vorgelegt.
7. Frau Alpers erkundigt sich nach der Zuerkennung des Mittleren Schulabschlusses für Gymnasiasten/innen des GY8-Jahrgangs. Herr Dr. Bethge erklärt, dass laut Zuerkennungsverordnung der Mittlere Schulabschluss am Ende der Jahrgangsstufe 10 erlangt werde.
8. Herr Rohmeyer bittet um einen schriftlichen Bericht zur Aufgabenkritik im Ressort Bildung. Frau Senatorin Jürgens-Pieper erklärt, dass zur Zeit Beratungen mit dem Personalrat und den Beschäftigten geführt würden. Herr Othmer erläutert das Verfahren und die weitere Vorgehensweise. Es werde einen Bericht nach Auswertung der Gespräche am 26.06.2008 vorgelegt.
9. Herr Beilken bittet um einen Bericht zur Zusammenarbeit der Behörde mit der Bertelsmann-Stiftung.

Senatorin

Sprecherin

Protokollantin